

Gemeinde Dielsdorf

vom 13. Juni 2001

Verordnung über die Wasserversor- gungsanlagen



Inhaltsverzeichnis

A.	Allgemeine Bestimmungen	6
Art. 1	Zweck und Geltungsbereich	6
Art. 2	Zuständigkeit und Aufgaben der Gemeinde	6
Art. 3	Umfang der Versorgung	6
B.	Wasserversorgungsanlagen der Gemeinde	6
Art. 4	Generelles Wasserversorgungsprojekt	6
Art. 5	Umfang der Anlagen Definition	6
Art. 6	Erstellung	6
Art. 7	Hydrantenanlage	7
Art. 8	Betätigung von Hydranten und Schiebern	7
Art. 9	Platzierung von Wasserleitungen	7
	Durchleitungsrechte	7
	Hinweistafeln	7
Art. 10	Leitungskataster	7
C.	Hausanschlussleitung	7
Art. 11	Definition	7
Art. 12	Leitungsführung	7
Art. 13	Erstellung und Abnahme	7
Art. 14	Technische Bedingungen	8
Art. 15	Mehrere Eigentümer	8
Art. 16	Eigentumsverhältnisse der Hausanschlussleitung	8
Art. 17	Unterhalt	8
Art. 18	Stilllegung	8
D.	Hausinstallationen	8
Art. 19	Erstellung	8
Art. 20	Abnahme	8
Art. 21	Kontrolle	8
Art. 22	Technische Vorschriften	9
Art. 23	Unterhalt	9
Art. 24	Wasserbehandlungsanlagen	9
Art. 25	Frostgefahr	9

E. Wasserabgabe 9

Art. 26	Umfang und Garantie der Wasserlieferung	9
Art. 27	Einschränkung der Wasserabgabe	9
Art. 28	Anschlussgesuch	9
Art. 29	Haftung des Wasserbezügers	10
Art. 30	Meldepflicht	10
Art. 31	Wasserableitungsverbot	10
Art. 32	Unberechtigter Wasserbezug	10
Art. 33	Vorübergehender Wasserbezug Bauwasser	10
Art. 34	Kündigung des Wasserbezuges	10
Art. 35	Abnahmepflicht	10
Art. 36	Wasserabgabe für besondere Zwecke	10
Art. 37	Abnorme Spitzenbezüge	10

F. Wassermessung 10

Art. 38	Einbau	10
Art. 39	Haftung	11
Art. 40	Standort	11
Art. 41	Technische Vorschriften	11
Art. 42	Messung	11
Art. 43	Störungen	11
Art. 44	Mehrere Wasserzähler	11

G. Finanzierung 11

Art. 45	Allgemein	11
Art. 46	Öffentliche Anlagen, Gebühren	11
	Mehrwertsbeiträge	11
	Quartierplanverfahren	12
	Verwaltungsgebühren	12
Art. 47	Kostentragung Hausanschlussleitung	12

H. Straf- und Schlussbestimmungen 12

Art. 48	Strafbestimmungen	12
Art. 49	Rekursrecht	12
Art. 50	Inkrafttreten	12

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

Diese Verordnung regelt den Bau, Betrieb und Unterhalt sowie die Finanzierung der Wasserversorgungsanlagen und die Beziehungen zwischen der Wasserversorgung und den Bezüglern, soweit die Vorschriften des Bundes oder des Kantons nichts Abweichendes enthalten.

Art. 2 Zuständigkeit und Aufgaben der Gemeinde

Die Politische Gemeinde Dielsdorf erstellt, betreibt und unterhält ihre Wasserversorgungsanlagen unter Beachtung der eidgenössischen und kantonalen Vorschriften.

Die Wasserversorgung ist ein unselbständiger gewerblicher Betrieb des öffentlichen Rechtes und steht im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unter Aufsicht und Verwaltung des Gemeinderates.

Der Gemeinderat ist befugt, im Rahmen der Vorschriften der Gemeindeordnung einzelne Geschäfte oder Geschäftszweige der Bau- und Werkkommission zur selbständigen Erledigung zu übertragen. Zur Begutachtung bestimmter Fragen können Fachleute beigezogen werden. Die Aufgaben und Befugnisse werden in einem Pflichtenheft geregelt.

Art. 3 Umfang der Versorgung

Die Wasserversorgung liefert in ihrem Versorgungsgebiet und nach Leistungsfähigkeit ihrer Anlagen qualitativ einwandfreies Wasser für Haushalt und Gewerbe zu den Bedingungen der Verordnung und den jeweiligen Tarifbestimmungen. Gleichzeitig sorgt die Wasserversorgung in diesem Umfang für den Brandschutz.

B. Wasserversorgungsanlagen der Gemeinde

Art. 4 Generelles Wasserversorgungsprojekt

Die Wasserversorgungs- und Hydrantenanlage der Gemeinde werden aufgrund eines nach den kantonalen Richtlinien ausgearbeiteten generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) geplant, erstellt, saniert, erneuert und erweitert.

Die Gemeinde stellt die Wasserversorgung im ganzen Gemeindegebiet sicher.

Art. 5 Umfang der Anlagen Definition

Die öffentliche Wasserversorgung umfasst das gemeindeeigene Leitungsnetz mit Hydranten und alle übrigen Einrichtungen wie Brunnenstuben mit Quelfassungen, Reservoirs, Fernsteuerungs- und Pumpenanlagen.

Hauptleitungen sind Wasserleitungen innerhalb des Versorgungsgebietes, von denen aus die Versorgungsleitungen angespeist werden. In der Regel zweigen keine Anschlussleitungen von den Hauptleitungen ab. Die Hauptleitungen sind Bestandteil der Basiserschliessung und werden von der Wasserversorgung nach Massgabe der baulichen Entwicklung und aufgrund des generellen Wasserversorgungsprojektes (GWP) erstellt.

Versorgungsleitungen sind Wasserleitungen innerhalb des Versorgungsgebietes, an die die Hausanschlussleitungen angeschlossen sind. Die Versorgungsleitungen dienen der Erschliessung der Grundstücke.

Art. 6 Erstellung

Alle öffentlichen Anlagen werden von der Wasserversorgung, teilweise zu Lasten der Grundeigentümer, erstellt. Für die technische Disposition der Haupt- und Versorgungsleitungen ist die Wasserversorgung

zuständig. Die Anlagen sind nach den Bedingungen der zuständigen kantonalen Instanzen sowie der technischen Richtlinien des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und der Gemeinde auszuführen.

Art. 7 Hydrantenanlage

Die Hydrantenanlage ist der Feuerwehr für den Brandfall unbeschränkt zur Verfügung zu stellen. Die Wasserbezugsstellen müssen jederzeit für die Feuerwehr zugänglich sein. Im Brandfall steht der gesamte Wasservorrat der Feuerwehr zur Verfügung.

Die Wasserversorgung übernimmt die Kontrolle, den Unterhalt und die Reparaturen der Hydranten.

Art. 8 Betätigung von Hydranten und Schiebern

Das Öffnen der Hydranten, das Entlüften und Entleeren sowie das Umstellen von Schiebern ist nur den Gemeindeorganen und der Feuerwehr gestattet.

Art. 9 Platzierung von Wasserleitungen

Öffentliche Wasserleitungen werden in der Regel im Strassengebiet oder innerhalb der Baulinien bzw. innerhalb des Strassenabstandes verlegt.

In besonderen Fällen dürfen öffentliche Wasseranlagen auch in privatem Grund, ausserhalb von Baulinien erstellt werden. In diesem Fall ist die Anlage mit Durchleitungsrechten, Versorgungsbaulinien oder Baurechten zu sichern.

Durchleitungsrechte

Durchleitungsrechte sind im Grundbuch einzutragen. Leerungen im Baulinienbereich resp. Strassenabstand sind im Grundbuch anzumerken.

Hinweistafeln

Jeder Bezüger bzw. Grundeigentümer gestattet dem Werk, nach Absprache, das Versetzen von Schiebern und Hydranten, sowie das Anbringen der entsprechenden Hinweistafeln auf seinem Grund.

Art. 10 Leitungskataster

Die Wasserversorgung lässt durch einen Fachmann einen Kataster über das öffentliche und private Leitungsnetz erstellen und nachführen.

Die Grundeigentümer verpflichtet sich, dafür notwendige Einmessungen auf ihrem Grund zu dulden.

C. Hausanschlussleitung

Art. 11 Definition

Die Hausanschlussleitung (inkl. T-Stück) verbindet die Versorgungsleitung mit der Hausinstallation. In Ausnahmefällen kann der Anschluss auch an eine Hauptleitung erfolgen.

Art. 12 Leitungsführung

Die Leitungsführung und die Art der Hausanschlussleitung wird unter Berücksichtigung der Interessen des Gesuchstellers durch die Wasserversorgung bestimmt.

Art. 13 Erstellung und Abnahme

Der Wasserbezüger erstellt die Hausanschlussleitung inkl. Absperrorgane und Anschluss an das Verteilnetz. Die Arbeiten müssen durch ausgewiesene Fachkräfte ausgeführt werden. Die Leitungen werden durch eine von der Wasserversorgung beauftragte Kontrollinstanz abgenommen und eingemessen. Die Wasserversorgung übernimmt durch die Abnahme keine Gewähr für die ausgeführten Arbeiten.

Art. 14 Technische Bedingungen

Der Anschluss einer Liegenschaft erfolgt in der Regel nur durch eine einzige Hausanschlussleitung. Wo dies zweckmässig ist, kann das Werk für mehrere Häuser eine gemeinsame Hausanschlussleitung anordnen. Für Überbauungen grösserer Ausdehnung können in besonderen Fällen weitere Anschlussleitungen zugestanden werden.

In jeder Hausanschlussleitung ist ein Absperrorgan einzubauen, das möglichst nahe an der Versorgungsleitung und wenn möglich im öffentlichen Grund zu platzieren ist.

Die Anschlussleitungen sind nach den technischen Richtlinien der Gemeinde Dielsdorf zu erstellen.

Art. 15 Mehrere Eigentümer

Für Wasserversorgungsanlagen, welche von mehreren Grundeigentümern benützt werden, sind die Eigentumsverhältnisse und die Unterhaltspflichten (Inkl. Sanierung und Ersatz) privatrechtlich zu regeln und im Grundbuch einzutragen. Die Regelung ist der Gemeinde zur Kenntnis zu bringen.

Art. 16 Eigentumsverhältnisse der Hausanschlussleitung

Die Anlageteile der Hausanschlussleitungen mit Ausnahme des Wassermessers stehen im Eigentum des Grundeigentümers.

Art. 17 Unterhalt

Die Hausanschlussleitung wird durch die Wasserversorgung zu Lasten des Grundeigentümers unterhalten. Schäden, die sich an der Hausanschlussleitung zeigen, sind der Wasserversorgung sofort mitzuteilen.

Art. 18 Stilllegung

Unbenutzte Hausanschlussleitungen werden von der Wasserversorgung zu Lasten des Bezügers vom Verteilnetz abgetrennt, sofern nicht eine Wiederverwendung innert 6 Monaten zugesichert wird.

D. Hausinstallationen

Art. 19 Erstellung

Der Wasserbezüger hat die Hausinstallationen auf eigene Kosten zu erstellen und zu unterhalten. Alle Installationsarbeiten, die den Wasserbezug beeinflussen, sowie die Installation von Wasserbehandlungsanlagen, sind der Wasserversorgung zu melden.

Art. 20 Abnahme

Jede Hausinstallation soll vor der Inbetriebnahme von den Organen der Wasserversorgung abgenommen werden. Die Wasserversorgung übernimmt durch diese Abnahme keine Gewähr für die vom Installateur ausgeführten Arbeiten oder für installierte Apparate.

Art. 21 Kontrolle

Den Organen der Wasserversorgung ist zur Kontrolle der Hausinstallationen sowie zur Ablesung der Zählerstände ungehindert Zutritt zu ermöglichen. Bei vorschriftswidrig ausgeführten oder schlecht unterhaltenen Hausinstallationen hat der Wasserbezüger auf schriftliche Aufforderung der Wasserversorgung die Mängel innert der festgelegten Frist beheben zu lassen. Unterlässt er dies, so kann die Wasserversorgung die Mängel auf seine Kosten beheben lassen.

Art. 22 Technische Vorschriften

Zur Erstellung, Veränderung, Erneuerung und zum Betrieb der Verbrauchsanlagen sind die Leitsätze für die Erstellung von Wasserinstallationen des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches verbindlich.

Art. 23 Unterhalt

Der Bezüger hat für ein dauerndes und einwandfreies Funktionieren seiner Anlagen zu sorgen.

Art. 24 Wasserbehandlungsanlagen

Es dürfen nur Wasserbehandlungsanlagen installiert werden, welche vom Bundesamt für Gesundheitswesen genehmigt wurden. Durch den Einbau eines Rückflussverhinderers unmittelbar vor der Anlage ist ein Rückfließen des Wassers in das öffentliche Netz zu verhindern.

Art. 25 Frostgefahr

Bei anhaltender Kälte sind Leitungen und Apparate, die dem Frost ausgesetzt sind, abzustellen und zu entleeren. Alle Schäden gehen zu Lasten des Bezügers.

E. Wasserabgabe

Art. 26 Umfang und Garantie der Wasserlieferung

Trinkwasser ist haushälterisch zu verwenden.

Die Wasserversorgung liefert normalerweise ständig und in vollem Umfang. Sie übernimmt indessen hierfür und für die Einhaltung einer bestimmten Zusammensetzung (Härte, Temperatur des Wassers. usw.) sowie eines konstanten Druckes keine Gewähr.

Bezüger mit empfindlichen Einrichtungen haben selbst die geeigneten Sicherungen gegen Ausbleiben der Wasserlieferung, mangelnden Druck oder Verunreinigungen, insbesondere nach Leitungsrevisionen, vorzukehren.

Art. 27 Einschränkung der Wasserabgabe

Die Organe der Wasserversorgung können die Wasserabgabe einschränken oder zeitweise unterbrechen:

- ✓ im Falle höherer Gewalt
- ✓ bei Betriebsstörungen
- ✓ bei Wasserknappheit
- ✓ bei Unterhalts- und Reparaturarbeiten oder bei Erweiterungen an den Wasserversorgungsanlagen.

Die Wasserversorgung ist für eine rasche Behebung von Unterbrüchen in der Belieferung besorgt. Sie übernimmt aber keinerlei Haftung für irgendwelche nachteilige Folgen und gewährt deswegen auch keine Ermässigung des Wasserzinses.

Voraussehbare Einschränkungen oder Unterbrüche werden den Wasserbezüger*innen rechtzeitig bekanntgegeben.

Art. 28 Anschlussgesuch

Für jeden Neuanschluss ist der Wasserversorgung ein Anschlussgesuch einzureichen. Die Anschlussbewilligung erfolgt im Rahmen dieser Verordnung und des zugehörigen Wassertarifes. Die erteilte Bewilligung erlischt nach Ablauf von 3 Jahren, wenn inzwischen mit der Ausführung der Anlage nicht begonnen worden ist.

Installationen und Apparate haben den eidgenössischen- und kantonalen Vorschriften sowie den Leitsätzen für die Erstellung von Wasserinstallationen des SVGW zu entsprechen.

Art. 29 Haftung des Wasserbezügers

Der Wasserbezüger haftet gegenüber der Wasserversorgung für alle Schäden, die er ihr durch unsachgemässe Handhabungen der Einrichtungen, mangelnde Sorgfalt und Kontrolle, sowie ungenügenden Unterhalt zufügt. Er hat auch für Mieter, Pächter und andere Personen einzustehen, die mit seinem Einverständnis solche Anlagen benutzen

Art. 30 Meldepflicht

Handänderungen sind der Gemeindeverwaltung frühzeitig und schriftlich anzuzeigen. Bei Liegenschaften im Miteigentum resp. Stockwerkeigentum ist der gleichen Stelle zudem ein Verantwortlicher für die Pflichten ihr gegenüber mitzuteilen.

Art. 31 Wasserableitungsverbot

Es ist untersagt, ohne besondere Bewilligung der Wasserversorgung Wasser an Dritte abzugeben oder solches von einem Grundstück auf ein anderes zu leiten. Ebenso ist das Anbringen von Abzweigungen oder Zapfhähnen vor dem Wasserzähler und das Öffnen von plombierten Absperrventilen an Umgehungsleitungen verboten.

Art. 32 Unberechtigter Wasserbezug

Wer ohne entsprechende Berechtigung Wasser bezieht, wird gegenüber der Wasserversorgung ersatzpflichtig und kann überdies strafrechtlich verfolgt werden.

Art. 33 Vorübergehender Wasserbezug Bauwasser

Der Bezug von Bauwasser oder von Wasser für andere vorübergehende Zwecke bedarf einer Bewilligung durch die Wasserversorgung. Der Bezug ab Hydranten ist nur mit Bewilligung der Wasserversorgung zulässig.

Art. 34 Kündigung des Wasserbezuges

Will ein Wasserbezüger vom gesamten Wasserbezug zurücktreten, so hat er dies der Wasserversorgung schriftlich mitzuteilen unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten. Der Hausanschluss ist sodann auf Kosten des Wasserbezügers vom Leitungsnetz der Wasserversorgung abzutrennen.

Art. 35 Abnahmepflicht

Die Grundeigentümer sind verpflichtet, das Wasser bei der öffentlichen Wasserversorgung zu beziehen, sofern sie nicht über bestehende Anlagen verfügen, welche einwandfreies Wasser liefern.

Art. 36 Wasserabgabe für besondere Zwecke

Jeder Anschluss von Schwimmbassins und dergleichen an das Leitungsnetz sowie die Wasserabgabe für Kühl-, Klima- und Sprinkleranlagen sowie Feuerlöschposten und dergleichen bedarf einer besonderen Bewilligung. Die Wasserversorgung ist berechtigt, an diese Wasserabgaben besondere Auflagen (Aufbereitungsanlagen) zu knüpfen.

Art. 37 Abnorme Spitzenbezüge

Die Wasserabgabe an Betriebe mit besonders grossem Wasserverbrauch oder mit hohen Verbrauchsspitzen bedarf einer besonderen Vereinbarung zwischen Wasserversorgung und Bezüger.

F. Wassermessung

Art. 38 Einbau

Die Abgabe und Verrechnung des Wassers erfolgt nach dem Verbrauch, welcher durch einen Wasserzähler festgestellt wird. Der Wasserzähler wird von der Wasserversorgung zur Verfügung gestellt und unterhalten.

Art. 39 Haftung

Der Wasserbezüger haftet für Beschädigungen welche nicht auf normale Abnutzung zurückzuführen sind. Er darf am Wasserzähler keine Änderungen vornehmen oder vornehmen lassen.

Art. 40 Standort

Der Standort des Wasserzählers wird von der Wasserversorgung, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Grundeigentümers, bestimmt. Dieser hat den Platz für den Einbau des Wasserzählers unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Wasserzähler muss frostsicher, in der Regel ausserhalb des Heizraumes, eingebaut und stets leicht zugänglich sein.

Art. 41 Technische Vorschriften

Vor und nach dem Wasserzähler sind Absperrvorrichtungen anzuordnen. Im Weiteren sind die Leitsätze für die Erstellung von Wasserinstallationen des SVGW zu beachten.

Art. 42 Messung

Die Wasserversorgung revidiert die Wasserzähler periodisch auf ihre Kosten. Wird vom Wasserbezüger die Messgenauigkeit angezweifelt, so wird der Wasserzähler durch die Wasserversorgung ausgebaut und einer amtlichen Prüfung unterzogen. Zeigt die Nacheichung, dass die Messgenauigkeit innerhalb der zulässigen Toleranz von $\pm 5\%$ bei 10% Nennbelastung liegt, so trägt der Grundeigentümer die daraus entstandenen Kosten. Im andern Fall übernimmt die Wasserversorgung die Prüf- und allfälligen Reparaturkosten.

Art. 43 Störungen

Bei fehlerhaften Zählerangaben wird für die Festsetzung des Wasserzinses der Normalverbrauch der Vorjahre sinngemäss berücksichtigt. Störungen sind der Wasserversorgung sofort zu melden. Vorbehalten bleibt Art. 127 OR (Verjährung 10 Jahre), bzw. das jeweils gültige öffentliche Recht, sowie Art. 24/4 OR.

Art. 44 Mehrere Wasserzähler

Wünscht ein Wasserbezüger weitere Wasserzähler, so hat er die Kosten für Anschaffung, Einbau und Unterhalt zu tragen. Die technischen Vorschriften sind einzuhalten. Die Wasserversorgung ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die Ablesung dieser Zähler zu übernehmen.

G. Finanzierung

Art. 45 Allgemein

Die Kosten für Planung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt, Sanierung und Erneuerung der Wasserversorgung trägt der jeweilige Eigentümer. Investitionen, die der Werterhaltung der Anlage dienen, gelten als gebundene Ausgabe.

Art. 46 Öffentliche Anlagen, Gebühren

Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen, gestützt auf die Gesetzgebung des Kantons, Gebühren und Beiträge. Die Gemeindeversammlung erlässt für die Wassergebühren eine Gebührenverordnung. Der Gemeinderat setzt die Höhe der Gebühren (Tarif) fest.

Mehrwertsbeiträge

Mehrwertsbeiträge gemäss § 29 Wasserwirtschaftsgesetz für die erstmalige Erstellung von öffentlichen Hauptleitungen, welche als Groberschliessung Bestandteil des kommunalen Erschliessungsplanes sind und gleichzeitig der Erschliessung anstossender, privater Liegenschaften dienen oder für Versorgungsleitungen zu Grundstücken ausserhalb der Bauzonen.

Quartierplanverfahren

Die Erstellung gemeinsamer Anlagen im Quartierplanverfahren gemäss § 166 ff PBG bleibt vorbehalten.

Verwaltungsgebühren

Verwaltungsgebühren für die behördlichen Aufwendungen in Anwendung dieser Verordnung.

Art. 47 Kostentragung Hausanschlussleitung

Die Kosten der Hausanschlussleitung mit Absperrorgan und Anschluss an das Verteilnetz (inkl. T-Stück) sind vom Grundeigentümer zu tragen.

H. Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 48 Strafbestimmungen

Übertretungen dieser Verordnung und behördlicher Anordnungen, die sich darauf stützen, werden durch den Gemeinderat im Rahmen seiner Strafkompetenz mit Busse bestraft. Vorbehalten bleibt die Anwendung der kantonalen oder eidgenössischen Strafbestimmungen.

Art. 49 Rekursrecht

1. Gegen Anordnungen der Bau- und Werkkommission, welche gestützt auf diese Verordnung erlassen werden, kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet beim Gemeinderat schriftliche Einsprache erhoben werden.
2. Beschlüsse oder Verfügungen, welche in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet,
 - a) bei der Baurekurskommission des Kantons Zürich angefochten werden, sofern Anordnungen im koordinierten Verfahren nach der kantonalen Bauverfahrensverordnung (BVV), insbesondere im baurechtlichen Bewilligungsverfahren ergehen.
 - b) beim Bezirksrat Dielsdorf angefochten werden, sofern kein koordiniertes Verfahren gemäss der kantonalen Bauverfahrensverordnung bzw. keine baurechtliche Bewilligung erforderlich ist oder die Anordnungen gänzlich separat erfolgen.
 - c) beim Regierungsrat angefochten werden, sofern Anordnungen über Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen betroffen sind bzw. die baurechtliche Bewilligung in staatlichen Entscheiden eingeschlossen ist.

Art. 50 Inkrafttreten

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 13. Juni 2001 beschlossen.
Die Verordnung tritt auf den 1. Januar 2002 in Kraft

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Dielsdorf vom 1. Januar 1985, aufgehoben. Gestundete Beiträge, die aufgrund der alten Verordnung erteilt wurden, bleiben bestehen.

Gemeinderat Dielsdorf

Gemeindepräsident
P. Tobler

Gemeindeschreiber
E. Egli

Gemeinde Dielsdorf

vom 13. Juni 2001

Verordnung über die Gebühren der Wasserversor- gungsanlagen



A. Allgemeine Bestimmungen 18

Art. 1	Grundsatz	18
Art. 2	Umfang der Anlagen	18
Art. 3	Volle Kostendeckung	18

B. Anschlussgebühren 18

Art. 4	Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung	18
Art. 5	Bemessung	18

C. Benutzungsgebühren 19

Art. 6	Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung	19
Art. 7	Bemessung	19
Alt. 8	Kompetenz zur Festsetzung	19

D. Gemeinsame Bestimmungen 19

Art. 9	Spezielle Verhältnisse	19
Art. 10	Gebührenpflicht	19
Art. 11	Mehrwertsteuer	19
Art. 12	Schuldner	20
Art. 13	Fälligkeiten	20
Art. 14	Rekursrecht	20
Art. 15	Inkrafttreten	20

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Grundsatz

Die Gemeinde Dielsdorf erhebt gestützt auf § 29 Abs. 2 des Wasserwirtschaftsgesetzes und auf Art 46 der Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Dielsdorf für die Finanzierung der öffentlichen Anlagen folgende Gebühren:

- ✓ Anschlussgebühren
- ✓ Benutzungsgebühren
- ✓ Verwaltungsgebühren

Art. 2 Umfang der Anlagen

Die öffentliche Wasserversorgung umfasst die Anlagen gemäss Art. 5 der Verordnung über die Wasserversorgung.

Art. 3 Volle Kostendeckung

1. Die Gebühren sind so anzusetzen, dass mit dem gesamten Gebührenbetrag sämtliche Kosten, insbesondere für Erstellung, Unterhalt, Erneuerung, Betrieb und Optimierung der Anlagen gemäss Art 2 (inkl. Abschreibung und Verzinsung und Zahlungen an Dritte) von den Gebührenpflichtigen gedeckt werden.
2. Zur Sicherstellung der Kostendeckung und zur Gewährleistung der Transparenz wird eine integrierte Betriebskostenrechnung (§ 125 Gemeindegesetz) mit Spezialfinanzierung (§ 126 Abs. 2 Gemeindegesetz) geführt.
3. Die Kosten werden durch die Erhebung von zwei Gebührenarten gedeckt:
 - ✓ die Anschlussgebühren
 - ✓ die Benutzungsgebühren

Die Anschlussgebühren dienen zur Mitfinanzierung der Erstellungskosten von Wasserversorgungsanlagen, die Benutzungsgebühr hat unter Berücksichtigung der Anschlussgebühren und allenfalls eingehender Beiträge Dritter, wie Mehrwerts- oder Erschliessungsbeiträge, sämtliche übrigen Aufwendungen zu decken.

B. Anschlussgebühren

Art. 4 Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung

1. Für den Anschluss von Liegenschaften an die öffentliche Wasserversorgung haben die Grundeigentümer eine einmalige Anschlussgebühr zu entrichten, auch wenn der Anschluss unter Mitbenützung privater Leitungen erfolgt.
2. Für Anschlüsse von Anlagen ohne Versicherungswert werden keine Anschlussgebühren erhoben.

Art. 5 Bemessung

1. Die Anschlussgebühr wird nach dem Zeitwert der angeschlossenen Bauten (Gebäudeversicherungswert) bemessen. Sie beträgt 1 % des Zeitwertes sämtlicher Haupt- und Nebenbauten. Das Bauwasser ist in der Anschlussgebühr inbegriffen.
2. Eine Gebührennachzahlung zu dem Ansatz gemäss Absatz 1 hat bei baulichen Änderungen zu erfolgen, die eine Steigerung des Basiswertes der Gebäudeversicherungssumme um mehr als CHF 6 000 gegenüber der letzten Schätzung zur Folge haben. Als Basis des nachzuzahlenden Betrages gilt der in der Gebäudeversicherung ausgewiesene Anteil der baulichen Wertvermehrung.
3. Wird ein Gebäude, für das bereits die einmalige Anschlussgebühr erhoben wurde, abgebrochen,

durch Brand oder ähnliche Ereignisse zerstört, und wird an dessen Stelle innert 10 Jahren ein Neubau errichtet, so wird die ursprünglich geleistete Zahlung bei der Festsetzung der neuen Anschlussgebühr angerechnet.

C. *Benutzungsgebühren*

Art. 6 Gebührenpflicht, Gebührenbefreiung

1. Von den Eigentümern, deren Grundstück, Liegenschaft und Anlagen mit technischen Vorkehrungen dauernd oder zeitweise an die Anlage der Wasserversorgung angeschlossen sind, wird eine Benutzungsgebühr erhoben.
2. Die Anlagen der Notwasserversorgung wie Laufbrunnen usw. und die Bezüge für Unterhaltsarbeiten an den Gemeindewerken sind von den Gebühren befreit.

Art. 7 Bemessung

1. Die Benutzungsgebühr wird als Summe zweier Komponenten erhoben, nämlich:
 - ✓ als **Grundgebühr** anhand der Nenngrösse des Wasserzählers und
 - ✓ als **Mengenpreis** anhand der bezogenen Frischwassermenge gemäss Wasserzähler
2. Aufteilung auf die Gebührenkomponenten
Die Grundgebühr soll ungefähr ein Drittel der Benutzungsgebühren ausmachen, der Rest (zwei Drittel) entfällt auf den Mengenpreis.

Alt. 8 Kompetenz zur Festsetzung

Der Gemeinderat setzt die Benutzungsgebühren aufgrund Art. 3 in einem Beschluss fest, der öffentlich bekannt gemacht wird.

D. *Gemeinsame Bestimmungen*

Art. 9 Spezielle Verhältnisse

1. Der Gemeinderat kann beim Vorliegen spezieller Verhältnisse und gemäss Art 37 der Verordnung über die Wasserversorgung die Gebühren erhöhen oder herabsetzen.
2. Für Anschlüsse ohne Wasserzähler wird vom Gemeinderat ein Pauschalbetrag festgesetzt, der sich am Verbrauch in analogen Verhältnissen abstützt.
3. Für Anschlüsse ohne Versicherungswert wird der Mengenpreis um 100% erhöht.

Art. 10 Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlagen gemäss Art. 2.

Art. 11 Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer ist in den Tarifen nicht enthalten.

Art. 12 Schuldner

1. Die Anschlussgebühren schuldet, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümer bzw. Baurechtsberechtigter der angeschlossenen Liegenschaft war. Bei einer Handänderung haftet der Rechtsnachfolger für noch ausstehende Beträge.
2. Die Benutzungsgebühren schulden die jeweiligen Eigentümer bzw. Baurechtsberechtigten der Liegenschaft.
Bei Stockwerkeigentum ist der Verwaltung gesamthaft Rechnung zu stellen. Die Miteigentümer haften solidarisch für den Gesamtbetrag.

Art. 13 Fälligkeiten

1. Für die mutmasslichen Kosten der Anschlussgebühr ist vor Baubeginn ein unverzinsliches Bardepositem bei der Gemeindekasse zu leisten.
2. Die wiederkehrenden Benutzungsgebühren werden in der Regel jährlich durch die Gemeinde bezogen. Der Gemeinderat entscheidet über die Einführung von à conto Zahlungen.
3. Alle Gebühren sind innert 30 Tagen ab Rechnungsstellung zu bezahlen. Für verspätete Zahlungen wird ein Verzugszins von 5 % erhoben.

Art. 14 Rekursrecht

Beschlüsse oder Verfügungen des Gemeinderates, welche in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, können innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Bezirksrat angefochten werden.

Art. 15 Inkrafttreten

Diese Verordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 13. Juni 2001 beschlossen.
Die Verordnung tritt auf den 1. Januar 2002 in Kraft.

Auf diesen Zeitpunkt hin werden alle bisherigen, damit in Widerspruch stehenden Vorschriften, insbesondere die bisherige Verordnung über die Wasserversorgung der Gemeinde Dielsdorf vom 1. Januar 1985, aufgehoben. Gestundete Beiträge, die aufgrund der alten Verordnung erteilt wurden, bleiben bestehen.

Gemeinderat Dielsdorf

Gemeindepräsident
P. Tobler

Gemeindeschreiber
E. Egli